

# AUF DER JAGD NACH ILLEGALEN EINWANDERERINNEN

## ASPEKTE DES GRENZ-VIGILANTISMUS IN DEN USA

**In jüngerer Zeit nehmen entlang der US-mexikanischen Grenze zunehmend Gruppen von BürgerInnen das Recht in ihre eigenen Hände und versuchen, mit privaten Patrouillen, Einwanderungsgesetze durchzusetzen und die Grenze zu sichern. Die Ursachen für das Entstehen dieser vigilanten Bewegungen sind komplex.**

Mit einer spektakulären Inszenierung versuchten US-BürgerInnen am 1. April 2005 an der Grenze zwischen dem US-Bundesstaat Arizona und Mexiko die öffentliche Aufmerksamkeit auf die „jahrzehntelange Vernachlässigung effektiver Einwanderungs- und Grenzkontrolle“<sup>1</sup> in den USA zu lenken: Ausgestattet mit Tarnkleidung, schussicheren Westen, Nachtsichtgeräten, Gewehren und Walkie-Talkies formierten sich die Mitglieder des Minuteman Civil Defense Corps (MCDC) an der Grenze, um im Rahmen einer 30-tägigen Wache Ausschau nach „illegalen EinwandererInnen“ zu halten und sie der US Border Patrol zu melden. Indem die Minutemen – benannt nach einer elitären Bürgerwehr der Amerikanischen Revolution, die binnen weniger Minuten einsatzbereit war – die Durchsetzung des Einwanderungsrechts temporär in ihre eigenen Hände nahmen, hofften sie, die Regierung dazu zu zwingen, die Grenze künftig effektiver zu sichern und Verstöße gegen bestehende Einwanderungsgesetze konsequenter zu ahnden. Obgleich sich der ehemalige US-Präsident George W. Bush in einer Pressekonferenz kurz vorher noch öffentlich gegen eine solche Form des „Vigilantismus“ und für eine „rationale“ Durchsetzung des Einwanderungsrechts durch die US Grenzpolizei aussprach,<sup>2</sup> wurden die Minutemen in den darauffolgenden Monaten zu der bisher größten und einflussreichsten der privaten Grenzschutzpatrouillen des letzten Jahrzehnts. Bis zu ihrer Auflösung Anfang 2010 führten sie zahlreiche weitere Grenzpatrouillen durch, betrieben Lobby-Arbeit auf lokaler und staatlicher Ebene und gewannen sogar die Unterstützung einiger namhafter PolitikerInnen. Doch wie entstand eigentlich diese vigilante Bewegung und was machte ausgerechnet die Minutemen so „erfolgreich“?

### Was ist eigentlich Vigilantismus?

Vigilantismus ist ein komplexes, vielschichtiges und facettenreiches Phänomen. Es ist emotional stark aufgeladen, manifestiert sich in unterschiedlichsten Formen und entsteht in verschiedensten Kontexten. Es handelt sich weder ausschließlich um ein US-amerikanisches Phänomen noch existiert es nur im Bereich der Einwanderungskon-

trolle. Oft ist der Begriff nicht wörtlich, sondern figurativ gemeint, was einen klaren Überblick über die Anzahl an Vorkommnissen erschwert. Hinzu kommt, dass sich in einzelnen Fällen immer wieder historische und kulturelle Besonderheiten artikulieren.

Der Ursprung des Begriffs Vigilantismus liegt in dem lateinischen Wort *vigil*, was so viel bedeutet wie wachsam oder aufmerksam. Heute wird der Begriff jedoch kaum noch in dieser ursprünglichen, neutralen Bedeutung verwendet; vielmehr bezieht er sich auf Situationen, in denen Menschen das Recht in die eigenen Hände nehmen und ist eher negativ konnotiert. So wird Vigilantismus häufig auch als außerrechtliche Gewalt oder gewaltsame Selbsthilfe bezeichnet. Ein nützlicher Definitionsansatz, der es erlaubt vigilante Bewegungen von ähnlichen Phänomenen, wie zum Beispiel paramilitärischen Organisationen, Bürgerwachen, MilizInnen oder privaten SicherheitsdienstleisterInnen, abzugrenzen, stammt von dem englischen Soziologen und Kriminologen Les Johnston. In seiner Definition finden sich auch Anhaltspunkte für die Entstehungsbedingungen von vigilanten Bewegungen. Nach Johnston lässt sich Vigilantismus als eine soziale Bewegung autonomer BürgerInnen verstehen, die sich als Reaktion auf tatsächliche oder vermeintliche Überschreitungen gesellschaftlicher Normen, wie z.B. Kriminalität, formiert und vorsätzlich Gewalt androht oder gar anwendet, um die Überschreitung zu ahnden, eine bestehende Ordnung zu schützen und den Mitgliedern der Bewegung Sicherheit zu bieten.<sup>3</sup> Weiter, so Johnston, dürften die BürgerInnen in ihren Aktivitäten nicht vom Staat unterstützt werden, wie es z.B. bei Nachbarschaftswachen (*neighborhood watches*) der Fall ist, und nicht zum Zwecke kommerziellen Profits agieren.

### Vigilantismus in den USA

In den USA haben vigilante Bewegungen eine lange Tradition und sind wesentlicher und prägender Bestandteil der amerikanischen Geschichte und Kultur. Das Phänomen des Vigilantismus tauchte erstmals in der frühen Kolonialzeit auf. Während sich die Erschließung und Besiedelung des Landes nach Westen relativ schnell vollzog, etab-



Foto: Creative Commons / Jim Greenhill

lierte sich ein formal staatliches Ordnungssystem in den entstehenden „frontier towns“ nur langsam und ungleichmäßig. An diesen Grenzen des Staates und seiner Macht nahmen private Personen das Recht in die eigenen Hände, um AbweichterInnen zu sanktionieren und Ordnung in ihren Gemeinschaften herzustellen. Spätere vigilante Bewegungen, wie das wirkungsvolle „San Francisco Vigilance Committee“ von 1856, traten dann nicht mehr aufgrund einer tatsächlichen Abwesenheit des Staates auf, sondern weil dieser, ihrem Empfinden nach, seine grundlegenden Verpflichtungen nicht erfüllte. Zudem ging es diesen Neo-VigilantInnen nicht so sehr um die Kontrolle tatsächlicher Kriminalität, als vielmehr darum, eine Moralpanik über Kriminalität anzustoßen, die sie zum Zwecke der Festigung herrschender Machtstrukturen und zur Aufrechterhaltung ihres Status quo instrumentalisieren konnten. Die Bewegung diente folglich als Vehikel zur (meist) gewaltsamen Austragung politischer und – im Falle des San

1989 beispielsweise versammelten sich ZivilistInnen in 23 Autos nahe der Grenze bei San Diego und Tijuana und beleuchteten das Gebiet mit ihren Scheinwerfern. Mit dieser „Light Up the Border“-Kampagne bemühten sie sich um eine Art passiver Abschreckung derjenigen, die versuchen sollten, die Grenze unter dem Schutze der Dunkelheit zu überqueren.

#### Der Minutemen Civil Defense Corps

Der MCDC vereinte verschiedene Elemente vorangegangener Formen vigilanter Bewegungen in sich. Justin Akers Chacón und Mike Davis sehen in ihm sogar „nur die letzte Wiedergeburt einer alten Figur“.<sup>5</sup> Und tatsächlich erinnern die Rechtfertigungsgründe, die die Minutemen für ihre Aktivitäten anführten, an die VigilantInnen vergangener Tage. Als wichtigste Ursache für das Entstehen der Bewegung nannten die Mitglieder ihre große Sorge um die nationale Sicherheit nach den

Anschlägen des 11. September 2001. Sie argumentierten, die Südgrenze der USA sei nach wie vor relativ ungesichert, so dass jeden Monat tausende undokumentierter EinwandererInnen ungehindert und unbemerkt ins Land gelangen könnten; darunter auch Kriminelle und potentielle TerroristInnen, deren einziges Ziel es sei, Tod und Zerstörung in die USA zu bringen. Die Minutemen sahen die Hauptverantwortung für diese untragbare Situation bei der US-Regierung, die bei der Überwachung der Grenze und der Durchsetzung bestehender Einwanderungsgesetze „völlig versagt“ habe. Neben der Sicherheit des Landes gefährde dieses „Versagen“ zudem die Integrität des Rechts und unterwandere somit eines der fundamentalsten Prinzipien der US-amerikanischen

Gesellschaft und Verfassung: das Rechtsstaatsprinzip (rule of law). Daher sei es nun an ihnen, zu intervenieren und den offensichtlich „schwächelnden“ Staat zu unterstützen, wobei sie sich als Handlungs-



Francisco Komitees – ethnischer Konflikte. Gerade in der Geschichte Kaliforniens spielte der Vigilantismus in Form von ethno-rassistischer Gewalt unter dem Deckmantel der Verteidigung höherer Werte und des Staates eine bedeutende Rolle. Dort waren es die VigilantInnen, die zu zahllosen reaktionären Gesetzen anstachelten und die rechtliche oder faktische Segregation verfestigten. Auch im mittleren Westen der USA bildete der Vigilantismus bald eine eigene lokal verankerte Gewaltordnung und sicherte die Grenzen von whiteness und americanism.<sup>4</sup> Selbsternannte private GrenzschützerInnen tauchten in der US-mexikanischen Grenzregion erstmals Ende der 1970er Jahre auf. Zu dieser Zeit waren es jedoch überwiegend einzelne Personen, die die Grenze sporadisch patrouillierten. Erst in den frühen 1990er Jahren begannen zivile Grenzpatrouillen größer und organisierter zu werden und die Aufmerksamkeit anderer BürgerInnen und der Medien zu erregen. Nicht alle dieser Patrouillen gingen gewaltsam vor: Im Jahr

<sup>1</sup> Alle Angaben zum Minutemen Civil Defense Corps stammen entweder von der Homepage der privaten GrenzschützerInnen, <http://www.minutemanhq.com> (Stand: 22.12.2011), oder aus Interviews, die die Autorin mit den Minutemen im Sommer 2008 in Arizona führte.

<sup>2</sup> Siehe: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/03/20050323-5.html> (Stand: 22.12.2011).

<sup>3</sup> Les Johnston, What is Vigilantism?, *British Journal of Criminology*, 1996, 220.

<sup>4</sup> Ankers / Davis, 2007, 18.

<sup>5</sup> Ebenda, 14.

grundlage insbesondere auf das natürliche Recht auf Selbsterhaltung und die Souveränität des Volkes – wonach der Volkswille über allem steht – beriefen. Tatsächlich aber sind Xenophobie und/oder Nativismus wesentliche Motivationen der Minutemen, selbst wenn sie dies mehrfach explizit zurückwiesen und ihre Stellungnahmen im Vergleich zu anderen, ähnlichen Gruppierungen weniger offen rassistisch oder xenophob waren. So definierten sie das „Problem“ zunächst nur formal-rechtlich: Es ging um „illegale“ versus „legale“ EinwandererInnen und nicht um MigrantInnen per se. Mit diesem Legalitätsdiskurs versuchten sie den Forderungen der Gruppe eine höhere normative und moralische Autorität zu verleihen. Ebenso schrieben sie auf ihrer Webseite, die Bewegung sei „multi-racial“ und „multi-ethnic“. Dennoch wurde der MCDC offen von sogenannten „hate groups“ unterstützt und es wurden, trotz eines vermeintlich strengen Überprüfungsprozesses Mitglieder der National Alliance oder ähnlicher rechtsradikaler Gruppierungen unter den Minutemen vermutet. Außerdem fanden sich in den Rechtfertigungsdiskursen der Minutemen regelmäßig Hinweise auf eine diffuse Angst vor negativen, „fremden“ Einflüssen auf die amerikanische Gesellschaft. So behaupteten sie etwa, undokumentierte EinwandererInnen nähmen US BürgerInnen ihre Jobs weg, bedrohten deren Eigentum, belasteten das Sozialsystem, brächten Kriminalität ins Land und gefährdeten aufgrund ihrer schiereren Anzahl und ihres mangelnden Integrationswillens die kulturelle Identität der USA.

#### Einwanderung und Sicherheit

Ein derart negativ geprägtes Bild undokumentierter EinwandererInnen und die damit einhergehende Angst vor „Fremden“ lassen sich u.a. auf öffentliche Diskurse und Einwanderungsgesetze in den USA zurückführen. Seit den 70er Jahren verwendeten die US-Medien in ih-

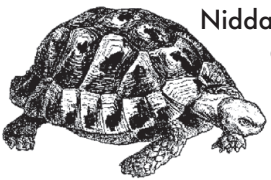
ren Berichterstattungen verstärkt eine Sprache, die undokumentierte Einwanderung – insbesondere aus Zentral- und Südamerika – als eine erhebliche Bedrohung für das Land darstellte. JournalistInnen sprachen von „Krieg“, „Krise“, „Invasion“ und „Zurückeroberung“ (reconquista) oder beschworen metaphorisch Naturkatastrophen, wie z.B. eine „Einwanderungsflut“, herauf. Gleichzeitig beklagten PolitikerInnen öffentlich den Kontrollverlust über die Grenze und postulierten die Notwendigkeit stets restriktiver werdender Einwanderungsgesetze und gezielter Durchsetzungspraktiken. In der Folge avancierte der undesirable immigrant in der öffentlichen Wahrnehmung bald zum criminal alien; der Bedrohungsrhetorik folgte eine zunehmende Militarisierung der Grenze, inklusive der Errichtung mehrerer Haftanstalten sowie der Installation von Flutlichtern, Zäunen und Bewegungsmeldern. Mit den terroristischen Anschlägen des 11. September 2001 wurde die Grenzregion schließlich vollends zu einer Zone, in der ein Ausnahmezustand herrschte. Die Trennungslinie zwischen EinwandererInnen und TerroristInnen begann zu verschwimmen. Einige erhebliche interne Umstrukturierungen der staatlichen Institutionen, wie die Integration des Immigration and Naturalization Service (INS) in das Department of Homeland Security (DHS), und eine Reihe von Rechtsakten, wie beispielsweise der Patriot Act von 2001, verstärkten in der Öffentlichkeit zusätzlich den Eindruck, Einwanderung und Terrorismus seien untrennbar miteinander verbunden.

#### Wandel der Sicherheitskultur und Responsibilisierung

Sowohl die mediale Darstellung der EinwandererInnen als Bedrohung als auch die gesetzlich angeordnete Kriminalisierung der undokumentierten EinwandererInnen prägten somit die Denk- und Verhaltensmuster der US-Bevölkerung und der PolitikerInnen. Diese beiden Entwicklungen erklären aber noch nicht hinreichend, warum

ausgerechnet der MCDC als vigilante Bewegung so „erfolgreich“ war und sogar einen gewissen Grad an Legitimität gewinnen konnte. Die soeben dargestellten Entwicklungen weisen jedoch auf eine weitere gesellschaftliche Veränderung hin, die in diesem Zusammenhang ebenso von Relevanz ist: einen Wandel der Sicherheitskultur.<sup>6</sup> Eine Ausdehnung des Sicherheitsverständnisses, insbesondere nach dem Ende des Kalten Krieges, führte dazu, dass mehr und mehr Bereiche des täglichen Lebens als sicherheitsrelevant erachtet wurden. Bis heute werden immer neue Gefahren identifiziert und das Sicherheitsbedürfnis der BürgerInnen liberaler Gesellschaften wächst. Gleichzeitig kann der Staat sein gegebenes Sicherheitsversprechen, welches zugleich seine Legitimationsgrundlage ist, immer schlechter einlösen. Es entsteht eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der BürgerInnen an den Staat und dem, was dieser tatsächlich zu leisten imstande ist. Dies steht nicht zuletzt im Zusammenhang mit den tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen und soziokulturellen Veränderungen, die die westlichen Industrienationen in den letzten Jahren durchlebt haben. Die Globalisierung und Internationalisierung der Marktbeziehungen, die Flexibilisierung der Arbeits- und Sozialverhältnisse, der Umbau des Wohlfahrtsstaates und die Kommodifizierung zentraler gesellschaftlicher Bereiche seien hier als einige wenige Beispiele genannt.<sup>7</sup> Eine erhebliche soziale Ausdifferenzierung der Gesellschaft, sowie eine allgemeine Verunsicherung sind die Folge. Schließlich führt „[d]as

Anzeige

<b>express</b> ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT	 <p>Niddastraße 64 60329 FRANKFURT  <b>express-afp@online.de</b>  <a href="http://www.labournet.de/express">www.labournet.de/express</a>          Tel. (069) 67 99 84</p>
	<p style="text-align: right;">Ausgabe 12/11 u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Kirsten Huckenbeck/Rainer Herth:</i> »Hoffentlich Allianz versichert?«, zur Pleite bei manroland</li> <li>• <i>Anja Kirsch:</i> »Erneuerung durch Fusionen?«, ein Blick auf zehn Jahre ver.di</li> <li>• <i>Kirsten Huckenbeck:</i> »Bresche im Befristungswahn?«, zur Produktion eines akademischen Proletariats mittels Zeitverträgen</li> <li>• <i>Murat Cakir:</i> »Rechtspopulismus en vogue«, Analysen zur Konjunktur der Neuen Rechten in Europa</li> <li>• <i>Kim Moody:</i> »Millionen Briten vor dem Ausstand«</li> <li>• <i>Jane Slaughter:</i> »Streikwelle macht Gewerkschaft Dampf«, über neue Arbeitskämpfe in China</li> </ul> <p style="text-align: right;">○ Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 € (gg. V.k.)</p>

Bewusstsein um die Prekarität der eigenen Existenz [...] zu einer Bedeutungsverschiebung von der sozialen zur persönlichen Sicherheit, die nicht mehr vorwiegend als kollektives Anliegen, sondern als ein der Eigenverantwortung obliegender Bereich begriffen wird.<sup>8</sup> Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung wird von einer ausschließlich staatlichen zu einer gesamtgesellschaftlichen, zu einer Aufgabe jedes/jeder Einzelnen. Der/die BürgerIn wird als kriminalpolitischeR AkteurIn mobilisiert. So scheint es wenig überraschend, dass die Minutemen sich für das Problem einer ungesicherten Südgrenze im Krieg gegen den Terror verantwortlich fühlten und dass sie ein bestimmtes Maß an Akzeptanz seitens der Bevölkerung und namhafter PolitikerInnen erfuhren.

### **(Un)sicherheit und (Un)ordnung**

Betrachtet man also diese zwei Erklärungsansätze für die Wiederkehr des Vigilantismus an der US-Grenze, dann sticht ein gemeinsamer Nenner sogleich hervor: Angst – auch wenn diese sich im ersten Fall als eine konkrete Angst vor dem scheinbar Fremden artikuliert und im letzteren wohl eher als eine Art diffuser Unsicherheit im Angesicht größerer gesellschaftlicher Transformationen. In jedem Fall ist es eine Angst, die Veränderung nicht als etwas Positives – etwa als Gelegenheit – begreift, sondern als Bedrohung. Hier offenbart sich der konservative Charakter des Vigilantismus, der auch in der Definition von Johnston Erwähnung fand: Aus dem Bedürfnis heraus, irgendetwas zu tun, um dieser wahrgenommenen Bedrohung zu begegnen, versuchen die Minutemen mit einer Art symbolischen Trotzreaktion den Bestand ihres way of life und der damit einhergehenden Werte zu sichern. Die undokumentierte Einwanderung fungiert dabei als Projektionsfläche für die Ängste und Unsicherheiten der konservativen, amerikanischen Mittelschicht und das Versprechen, ihn zu kontrollieren, als eine Ersatztechnologie für die rapide schwindende soziale Sicherheit.<sup>9</sup> Dies zeigt, dass Vigilantismus manchmal mehr mit Politik als mit Recht zu tun hat. Rassismus ist denn auch nur die eine Ursache. Zugleich müssen die gesellschaftlichen Unsicherheiten und der Einfluss historischer Kontinuitäten berücksichtigt werden, wozu die fluktuierenden, diskursiven Konstruktionen der Grenze und der undokumentierten EinwandererInnen, sowie die Eigenheiten des US-amerikanischen Rechtsverständnisses zählen. Eine tief in der US-amerikanischen Identität verankerte Selbsthilfe-Mentalität – insbesondere im Südwesten ausgeprägt –, das Prinzip kollektiver und persönlicher Verantwortung, das Recht auf Waffenbesitz oder die Annahme eines Rechts (und einer Pflicht) gegen ungerechte oder ineffiziente Gesetze zu rebellieren, stellen jedoch kontextuelle Faktoren dar, welche die Entstehung vigilanter Bewegungen erleichtern. Zudem können die Strategie des „Mit-verantwortlich-machens“ der US-Regierung nach dem 11. September 2001 und eine Art Spillover-Effekt der militarierten US-Grenzschutzpolitiken die besondere Legitimität der Minutemen erklären, welcher sich dadurch zeigte, dass die Minutemen mit ihrer technischen Ausrüstung, ihren Waffen, ihren Uniformen und Zielen die Sprache und Haltung der Regierung imitierten.

Vigilantismus indiziert die Fragilität des Rechts selbst und gibt als kommunikativer Akt Aufschluss über unterschiedliche und sich verändernde Erwartungen und Vorstellungen von Gerechtigkeit, Strafe, Moral, Ordnung und – wie im vorliegenden Fall – Staatsangehörigkeit bzw. Zugehörigkeit. Er kann gar als eine Form der nicht-staatlichen Konfliktregelung verstanden werden, die allerdings nicht zwangsweise außerhalb des Rechts stattfinden oder einer „rationalen“ Rechtsdurchsetzung – wie sich der ehemalige US-Präsident Bush

ausdrückte – diametral gegenüber stehen muss. Im allgemeinen Verständnis wird Vigilantismus zwar (immer noch) eher mit gewaltsamen Mobs und Lynchjustiz als mit Rechtsstaatlichkeit oder einem ordentlichen Gerichtsverfahren in Verbindung gebracht. Dies birgt jedoch die Gefahr, Vigilantismus entweder vorschnell als illegale Handlung zu verurteilen und/oder seine Funktion auf ein emotionales Bestrafen, d.h. Rache, zu beschränken. Das Beispiel des MCDC zeigt, dass Vigilantismus ein mächtiges Instrument gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Macht, Besitz und Zugehörigkeit ist. Zugleich weist jede Ausprägung von Vigilantismus eine eigene Logik und ein eigenes Handlungsrepertoire auf, die immer auch historisch, rechtlich und kulturell vorstrukturiert sind. Die Notwendigkeit, jede Situation, in der es zu Vigilantismus kommt, gesondert zu betrachten, tut sich hier dar. Für die Mitglieder des MCDC bot der Vigilantismus eine medienwirksame Möglichkeit ihre Werte und Normen anhand symbolisch debattierter Fälle von Devianz zu verdeutlichen und einen öffentlichen Diskurs über Recht und Ordnung zu erzwingen, der die territorialen, kulturellen und moralischen Grenzen zwischen „BürgerInnen“ und „Anderen“ im Bewusstsein der Bevölkerung neu nachzeichnete. Auf diese Weise konnten die Minutemen ihren etablierten Status – zumindest temporär – bewahren. Die Legende und den Ruhm der amerikanischen Gründungsväter nutzten sie dabei ebenso geschickt, wie die Ereignisse des 11. September 2001, um ihre politische Agenda emotional aufzuladen und ihre Aktivitäten zu legitimieren. Doch der Grenz-Vigilantismus half den Minutemen nicht nur die Aufmerksamkeit zu bekommen, die sie suchten. Er beförderte auch den Erlass restriktiverer Einwanderungsgesetze. Die Präsenz der Minutemen trug zudem dazu bei, das Grenzgebiet für die EinwandererInnen noch unwägbarer und gefährlicher zu gestalten, als es ohnehin bereits ist. Zusammen mit der verstärkten Kontrolle seitens des Staates, erlebte die Grenze gleichzeitig eine Militarisierung und eine Paramilitarisierung, die undokumentierte EinwandererInnen zunehmend viktimisierte. Der MCDC mag sich im letzten Jahr aufgelöst haben, die Konsequenzen seiner vigilanten Aktivitäten sind noch sicht- und spürbar.

**Kerrin-Sina Arfsten ist Doktorandin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. In ihrer Masterarbeit beschäftigte sie sich mit dem hier behandelten Thema.**

Weiterführende Literatur:

**Ray Abrahams**, *Vigilant Citizens. Vigilantism and the State*, 1998.

**Justin Akers / Mike Davis**, *No One is Illegal. Fighting Racism and State Violence on the U.S. – Mexico Border*, 2007.

<sup>6</sup> Vgl. Christopher Daase, Wandel der Sicherheitskultur, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 50/2010, 9.

<sup>7</sup> Tobias Singelstein / Peer Stolle, Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert, 2006, 22.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Vgl. Susanne Krasmann, Der Präventionsstaat im Einvernehmen. Wie Sichtbarkeitsregime stillschweigend Akzeptanz produzieren, in: Leon Hempel u.a. (Hrsg.), *Sichtbarkeitsregime. Überwachung, Sicherheit und Privatheit im 21. Jahrhundert*, 2011, 54.